

BERICHT RATSFRAKTION ZUR JHV 2026

Im Jahr 2025 hat sich die GRÜNE Ratsfraktion intensiv und kontinuierlich in die kommunalpolitische Arbeit in Hagen eingebracht. Unser Ziel war es, grüne Inhalte in zentralen Themenfeldern wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Mobilität, Bildung, Teilhabe und Stadtentwicklung voranzubringen und konkrete Verbesserungen für die Menschen in unserer Stadt zu erreichen.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen, insbesondere aufgrund der angespannten Haushaltslage, haben wir wichtige Anträge und Initiativen eingebracht, mit denen wir unsere politischen Schwerpunkte deutlich gemacht haben – vom kommunalen Energiemanagement über den Ausbau erneuerbarer Energien bis hin zu Maßnahmen zur sozialen Infrastruktur. Dazu gehörten etwa der Erhalt von Beratungsangeboten, die Forderung nach einem sozialpsychiatrischen Dienst für Kinder und Jugendliche sowie die konzeptionelle Auseinandersetzung mit dem Thema Wohnungslosigkeit.

Gleichzeitig haben wir uns in den Haushaltsberatungen klar gegen Einsparungen ausgesprochen, die aus unserer Sicht den sozialen Zusammenhalt, die ökologische Transformation oder die Lebensqualität in den Quartieren gefährdet hätten. Die äußerst prekäre Haushaltslage führte allerdings dazu, dass vielfach bereits der bloße Erhalt kommunaler Angebote und Strukturen als Erfolg gewertet werden konnte.

Der folgende Überblick dokumentiert die wesentlichen Anträge, Initiativen und Anfragen der Fraktion im vergangenen Jahr – in einer Phase, die bereits vom beginnenden Wahlkampf geprägt war. Dabei wird deutlich, an welchen Stellen GRÜNE Inhalte eingebracht, mitgestaltet oder durchgesetzt werden konnten, aber auch dort, wo wir mit unseren Anliegen nicht durchgedrungen sind und dennoch wichtige Impulse gesetzt haben.

Schriftlicher Sachstandsbericht zum aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 4/21 [707] „Wohnbebauung Dorfstraße Garenfeld“ [BV Nord, 29.01.2025]

Die Verwaltung wurde gebeten, schriftlich über den aktuellen Stand des Bebauungsplans Nr. 4/21 [707] „Wohnbebauung Dorfstraße Garenfeld“ zu berichten. Der Plan war bereits 2021 vom Rat beschlossen worden, die dazugehörige Veränderungssperre wurde 2022 erlassen und im April 2024 letztmalig um ein Jahr verlängert. Da eine weitere Verlängerung nicht mehr möglich war, sollte die Verwaltung den Bearbeitungsstand sowie das weitere Vorgehen darlegen.

Einführung eines sozialpsychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche [JHA, 05.02.2025]

Auf GRÜNE Initiative wurde die Prüfung der Einführung eines sozialpsychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche in Hagen beantragt. Die Verwaltung sollte gemeinsam mit dem Gesundheitsamt eine Projektskizze erarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss bis Mitte 2025 über die notwendigen rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und personellen Schritte berichten. Hintergrund war die unzureichende Versorgungslage psychisch belasteter junger Menschen in Hagen, die sich in langen Wartezeiten und fehlenden ortsnahen Angeboten zeigte. Ein solcher Dienst sollte eine Versorgungslücke schließen und betroffenen Kindern und ihren Familien frühzeitig Hilfe und Orientierung bieten.

Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Stadionstraße vor dem Haupteingang zur Meinolfschule und am Schnittpunkt der Zufahrten zu Schule, Kita und Westfalenbad [BV Mitte, 13.03.2025]

Die Verwaltung wurde gebeten, in einer Sitzung Vorschläge für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Stadionstraße vor dem Eingang zur Meinolfschule sowie an der Zuwegung

BERICHT RATSFRAKTION ZUR JHV 2026

zur Kita Ischeland zu unterbreiten. Anlass waren wiederholte Berichte über gefährliche Situationen beim Überqueren der Straße durch Kinder – trotz Tempo 30, Halteverbot und entsprechender Beschilderung. Problematisch waren insbesondere im Halteverbot parkende Autos, Wendemanöver und der zusätzliche Verkehr zum Westfalenbad. Fußgängerüberwege erschienen hier sinnvoll und waren durch neue gesetzliche Regelungen inzwischen leichter umsetzbar.

Sachstand zur Einrichtung einer Netzwerkkoordination für die Sozialräume Altenhagen/Eckesey-Süd und Zentrum/Remberg gemäß Beschluss des SID vom 19.09.2023 [SID, 26.03.2025]

Die Verwaltung wurde beauftragt, in der nächsten Sitzung über den Umsetzungsstand der bereits im September 2023 beschlossenen Netzwerkkoordination für die Sozialräume Altenhagen/Eckesey-Süd und Zentrum/Remberg zu berichten und zeitnah eine Ansprechperson für das Stadtteilforum Altenhagen zu benennen. Trotz des Beschlusses war die Umsetzung bislang nicht erfolgt. Besonders dringlich war die Wiederbesetzung einer städtischen Ansprechperson für das Stadtteilforum Altenhagen, da dieses ohne Unterstützung ruhte und ein längerer Ausfall den Neustart deutlich erschwert hätte. Auch weitere Aufgaben der Netzwerkkoordination standen weiterhin aus.

Umsetzung der Istanbul-Konvention [SID, 26.03.2025]

Die Verwaltung sollte eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention einrichten, um der kommunalen Verpflichtung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt nachzukommen. Ziel war es, bestehende Strukturen zu stärken, lokale Akteurinnen und Akteure besser zu vernetzen und durch Monitoring, Präventionsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit wirksame Interventionsketten aufzubauen. Hintergrund waren die hohe Zahl geschlechtsspezifischer Gewalttaten auch in Hagen sowie entsprechende Empfehlungen des Städtetages und anderer Kommunen zur Einrichtung einer solchen Stelle.

Das Jahr 2025 stand insgesamt stark im Zeichen der Kommunalwahl. Insbesondere die zweite Jahreshälfte war vom Wahlkampf und anschließend von der Konstituierungsphase der politischen Gremien geprägt.

Für uns GRÜNE brachte die Wahl erhebliche Verluste mit sich. Wir haben viele Mandate eingebüßt und sind im Rat nur noch mit vier Mitgliedern vertreten. In den Bezirksvertretungen sind wir – mit Ausnahme von Mitte – nur noch mit einzelnen Mitgliedern ohne eigenes Antragsrecht vertreten. In der Folge sind wir auch in den Beiräten und Ausschüssen des Rates zahlenmäßig deutlich schwächer aufgestellt. Dennoch bleiben wir in nahezu allen Gremien weiterhin mit grünen Vertreterinnen und Vertretern präsent.

Trotz dieser schwierigen Ausgangslage konnten wir in den Konstituierungsgesprächen in wesentlichen Bereichen den bisherigen Status halten. Dazu gehören insbesondere der Vorsitz im Umweltausschuss, weiterhin eine Bürgermeisterin als protokollarische Vertreterin des Oberbürgermeisters sowie in der Bezirksvertretung Mitte eine stellvertretende Bezirksbürgermeisterin.

Die Ratsfraktion ist kleiner geworden, zugleich aber sehr erfahren. Sie hat sich mit Jörg Fritzsche und Heike Heuer an der Spitze neu konstituiert. Auch personell wurden wichtige Weichen neu gestellt: Der Vertrag der Fraktionsgeschäftsführung lief mit dem Ende der Wahlperiode im beiderseitigen Einvernehmen aus. Nach einer dreimonatigen Vakanz konnte die Position mit Frau Dr. Anja Latrouite, die zuvor die grüne Fraktion in Kaarst unterstützt hatte, neu besetzt werden.

BERICHT RATSFRAKTION ZUR JHV 2026

Insgesamt sind wir damit gut in die neue Wahlperiode gestartet. Eine erfolgreiche Fraktions- und Haushaltsklausur hat dafür eine wichtige Grundlage geschaffen. Bereits früh wurden erste Anträge und Anfragen auf den Weg gebracht, unter anderem zu den Themen Quartiersmanagement, Hassleyer Insel und Neumarkt. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf einer verstärkten Presse- und Social-Media-Arbeit sowie auf einer besseren internen Information über die Tätigkeit der Ratsfraktion, durch Beiträge für den Newsletter.

Das Plenum hatte der Fraktion nach der Kommunalwahl zudem die Freigabe für Gespräche erteilt. Nach einer längeren Findungsphase auf Seiten der neuen Koalition liegt inzwischen ein Gesprächsangebot für eine Kooperation oder eine weitergehende Zusammenarbeit vor.

Unabhängig davon gibt es weiterhin themenbezogene Kooperationen mit CDU und SPD, insbesondere im Jugend- und Sozialbereich sowie in der Bezirksvertretung Haspe, Eilpe-Dahl und Nord.

Zum Jahreswechsel kristallisierten sich schließlich mehrere zentrale politische Themen heraus, die die Arbeit der Fraktion in besonderer Weise prägen: die dramatische Haushaltslage, die Verkehrs- und Infrastruktursituation in der Stadt sowie die Fragen rund um die Berufskollegs Cuno 1 und Cuno 2.
